

Ergebnisse der AG „Spreizung der Faktoren“ des Runden Tisches der BBS

Präambel

Die Einführung des LAZM hat an Hamburger Schulen zu inakzeptablen Zuständen und allgemeinen Verschlechterungen der Unterrichtsqualität geführt, bedingt durch gestiegene Arbeitsbelastungen und Beeinträchtigung der Motivation der meisten Lehrkräfte. Seine auch in der Öffentlichkeit proklamierten Ziele hat das LAZM völlig verfehlt. Es erfolgte weder eine größere Wertschätzung der Lehrerarbeit, noch wurde mehr Gerechtigkeit bei der Arbeits- und Aufgabenverteilung erreicht. Das LAZM findet auch nach fast einem Jahr seiner Einführung keine Akzeptanz bei der übergroßen Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer und hat zudem das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrkräften und Behörde nachhaltig beschädigt. Schon vor der Einführung des LAZM haben die Lehrkräfte durchschnittlich weit mehr als 40 Stunden pro Woche (also weit mehr als 1770 Stunden im Jahr) gearbeitet. Die mit dem LAZM verbundenen Einsparungen und Umverteilungen haben zu einer das zumutbare Maß überschreitende Mehrbelastung geführt, die die Qualität von Schule und Schulentwicklung untergräbt. Dies macht deutlich, dass es nicht ausreichen wird, einzelne Mängel des bestehenden LAZM nachzubessern. Vielmehr sind grundlegende Veränderungen notwendig, die die Forderungen nach zusätzlichen Ressourcen nicht von vornherein tabuisieren.

Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgruppe des Runden Tisches zum Thema „Spreizung der Faktoren“ in drei Sitzungen nach ausführlichen Diskussionen folgende Vorschläge zur Lösung des zur Zeit gravierendsten Problems der Hamburger Schulpolitik erarbeitet.

Forderungen

I.

Die Investitionen in die Zukunft Hamburgs auf dem Schulsektor dürfen sich nicht nach einem zugeteilten Ressourcen-Deckel richten, sondern sie haben Notwendigkeiten zu folgen, die sich an sinnvollen pädagogischen Werten zu orientieren haben.

II.

Die starke Spreizung der Faktoren hat in mehreren Bereichen zu unverhältnismäßig großen und unzumutbaren Mehrbelastungen geführt, die eine Verschlechterung der Unterrichtsqualität zur Folge haben. Hier muss dringend nachgebessert werden! Die Ursache dafür liegt darin, dass das LAZM durchgängig die mit rein kognitiven Arbeitsprozessen verbundenen Arbeitsfelder höher bewertet, als die, in denen die Anteile praktischer Erfahrung und theoretischer Erkenntnis handelnd und reflektierend aufeinander bezogen werden. Dadurch entstehen Parameter, die eine Reform der Lehr- und Lernprozesse in Hinblick auf Projekt- und Handlungsorientierung, wie sie von der aktuellen Bildungstheorie einhellig gefordert wird, verhindern. Deshalb plädieren wir für eine grundsätzlich gleiche Wertschätzung der Lehrerarbeit in allen Fächern, Schulformen und Schulstufen. Es divergieren die Arbeitsfelder der Gestaltung von Lernprozessen von Fach zu Fach und von Stufe zu Stufe zwar in ihren Inhalten und Methoden, nicht aber per se im damit verbundenen Aufwand. Dies muss in einem Sockelfaktor für Unterricht zum Ausdruck kommen. Ein differenzierter Katalog unterrichtlicher Alltagsleistungen, der diese ganzheitliche Sicht im Detail begründet, kann bei der AG angefragt werden.

III.

Maximale Obergrenzen für Unterricht müssen verbindlich für alle so festgelegt werden, dass eine Verbesserung der Unterrichtsqualität gewährleistet wird. Auf Dauer muss die Unterrichtsverpflichtung aller Lehrkräfte so weit abgesenkt werden, dass durchweg qualitativ hochwertiger Unterricht erwartet und damit weitere Qualitätssteigerungen erzielt werden können.

IV.

Zum Ausgleich von besonderen Belastungen über den Unterrichtsalltag hinaus müssen den Schulen ausreichende Kontingente von Funktionszeiten zur Verfügung gestellt werden. Nur dann ist auch eine eigenständige Gestaltungsarbeit an den Schulen möglich (vgl. Ergebnisse der AG „Außerunterrichtliche Tätigkeiten“).

V.

Es dürfen keine weiteren Verschlechterungen der Unterrichtssituationen durch strukturelle Maßnahmen wie z.B. Anhebung der Basisfrequenzen erfolgen.

VI.

Grundsätzlich muss die personelle Ausstattung an den Schulen verbessert werden.

VII.

Das beschädigte Vertrauensverhältnis der Lehrkräfte zur BBS muss wieder hergestellt werden. Der Beitrag der Lehrerschaft zur Bewältigung der proklamierten Finanzkrise im Haushalt der Stadt Hamburg muss herausgestellt werden, indem - öffentlich ausgewiesen - deutlich gemacht und festgehalten wird, dass Lehrkräfte jetzt schon durchschnittlich weit mehr als 40 Dienststunden pro Woche (also weit mehr als 1770 Stunden im Jahr) zu leisten haben.

Anlage 1: In der Ausarbeitung von Peter Stielert („Wege aus der Sackgasse“) finden sich wesentliche Aspekte unserer Diskussion wieder.

Anlage 2: Minderheitenvotum einiger Gymnasialvertreter.

gez. AG „Spreizung der Faktoren“ im Rahmen des „Runden Tisches“ der BBS
nach der Abschluss-Sitzung am 08..04.2004 in der BBS

Teilnehmer: Jörn Bosse (Lehrerkammer), Jan Rainer Bruns (Helene-Lange-Gym), Dirk Erdmann (Grundschule Rahewinkel), Michael Franz (GS Harburg/Schwerbehindertenvertretung), Holger Gisch (Elternkammer), Antja Höft (Grundschule Scheeßeler Kehre), Matthias Holtmann (Gym Meiendorf), Regina Kühn-Ziegler (Schulleiterin Quellmoor), Rainer Kühlke (Schulleiter Grumbrechtstraße), Felix Lorenzen (Schülerkammer), Olaf Menzel (Gym Walddörfer), Matthias Oehrich (DLH/Sonderschule Hirtenweg), Olaf Schmidt (Gym Marienthal), Gerold Schmidt-Callsen (Grundschule Duvenstedter Markt), Arend Schmidt-Landmeier (GS Horn), Peter Stielert (GS Eppendorf), Annette Venebrügge (GS Alter Teichweg), Markus Ziebegk (Gym Marienthal).

Zu Vertretern der Arbeitsgruppe wurden gewählt: Holger Gisch, Rainer Kühlke, Peter Stielert.

*